

Finanzkrise zeigt: Nachhaltig Wirtschaften sieht anders aus

Eine vereinfachte und deshalb vielleicht verständliche Nacherzählung

Was ist passiert? Stark vereinfacht gesprochen ist Folgendes passiert: US-Bürger haben einen Kredit auf ihr völlig überbewertetes Eigenheim aufgenommen und sich davon ein Auto aus Deutschland gekauft. Die Banken haben ihnen den Kredit gegeben, obwohl sich die Kreditnehmer das Auto gar nicht leisten konnten.

Aufschwung auf Pump

Das war eine Weile lang schön für den deutschen Export, die deutsche Industrie und die deutsche Arbeitslosenstatistik. Aber das war auf die Dauer schlecht für den Autokäufer, der jetzt merkt, dass er sich überschuldet hat, und schlecht für den Kreditgeber, der seine Forderung jetzt abschreiben muss. Und schließlich droht die Sache auch für die deutsche Industrie übel auszugehen, weil die in Schwierigkeiten geratenen Finanzinstitute sie nicht wie gewohnt mit Kredit versorgen können. Der letzte Aufschwung entpuppt sich heute als Aufschwung auf Pump. Nachhaltiges Wirtschaften sieht anders aus.

Kredit ohne Grenzen

Dem prüfenden „Bankbeamten“ war die Bonität unseres Autokäufers ziemlich egal. Es war ihm egal, weil er für Vertragsabschlüsse und nicht für deren Unterlassen Prämien bekommen hat. Und es war ihm egal, weil unser „Bankbeamter“ wusste, dass die Abteilung für „Strukturierte Finanzprodukte“ sowieso dafür sorgen würde, dass das Kreditrisiko möglichst hübsch verpackt wird und dann per Forderungsverkauf aus den Büchern der eigenen Bank verschwindet und in fremde Hände übergeht.

Über Forderungsverkäufe und andere Finanzinnovationen entwickelte sich neben den Banken ein „Schattenkreditmarkt“, der der staatlichen Aufsicht und Regulierung des Bankensektors entzogen ist. Es gibt 1001 Umgehungsstrategien, um den traditionellen Auflagen zu entkommen, die den Banken in den meisten Ländern bestimmte Vorsichtsregeln für die Kreditvergabe vorschreiben.

Politik- und Marktversagen

Die Regierungen in aller Welt haben dem Treiben über Jahre tatenlos zugesehen. Einige besorgte Regierungen haben lamentiert aber nicht gehandelt. Andere waren ohnehin dagegen, dem Markt irgendwelche Vorschriften zu machen. Dabei hätte allen Beteiligten klar sein müssen, dass der Finanzmarkt – wie alle Märkte – zur Selbstzerstörung neigt, wenn die Staaten dem freien Spiel der Kräfte aus Leichtsinne und Gier keine Grenzen setzen.

Es ist ja nicht die erste Finanzkrise, die die Welt bedroht. Und die bestehenden Regeln für das Bankgeschäft sind aus früherer Erfahrung gewonnen. Die internationale Staatengemeinschaft hätte deshalb der Entstehung eines unregulierten und grenzenlosen Schattenfinanzmarkts aus neuartigen Finanzprodukten und -institutionen entgegenwirken müssen. Hat sie aber nicht.

Auf das Hoch folgt die Krise

Deshalb konnte auch unsere leichtsinnige und durchtriebene Bank munter weitermachen. Trotz der Kreditabschlüsse, die bei Licht besehen „oberfaul“ waren, wies sie hervorragende Geschäftszahlen aus. Der „Schrott“ war entweder noch nicht entdeckt oder per

Forderungsverkauf bereits aus den Büchern. Unsere Bank wurde dank steigender Umsätze und Eigenkapitalrenditen als Schuldner erstklassiger Bonität angesehen, dem seinerseits nur allzu gerne Kredit von Dritten eingeräumt wurde. Und mit diesem Geld konnte wiederum unsere Bank ihre leichtsinnige Kreditvergabe an alte und neue Kunden auf immer neue Rekordhöhen steigern.

So ging das eine ganze Reihe von Jahren. Das Kreditvolumen mit Kunden, unter Banken und auf dem ständig wachsenden „Schattenfinanzmarkt“ wurde immer größer. In der Folge konnten aber auch mehr Kreditnehmer als üblich ihre Schulden nicht mehr bedienen. Das fiel den Fachleuten irgendwann auf. Weil die Kreditforderungen aber immer neu und unverständlicher verpackt und weltweit gehandelt worden waren, stellten alle Beteiligten fest, dass sie den Überblick verloren hatten. Wie groß ist das Volumen fauler Kredite überhaupt? Und wer hat welchen Anteil daran in den Händen? Auf diese Fragen hat bis heute niemand eine Antwort.

Eine Kreditklemme entsteht

Misstrauen gegenüber den Geschäftspartnern macht sich breit. Jeder von ihnen könnte derjenige sein, der mehr faule Kreditforderungen in Händen hält als er vertragen kann. Unsere einst leichtsinnige Bank lässt auf einmal Vorsicht walten und gibt ihren Geschäftspartnern lieber nichts mehr. Es könnte ja sein, dass sie morgen zahlungsunfähig sind. Außerdem braucht unsere Bank nun selber jeden Cent in der Kasse. Denn auch ihr will niemand etwas leihen und auch sie muss manche Forderung abschreiben, die sie nicht verkaufen wollte oder konnte.

Dem konkurrierenden Institut gibt sie gar nichts mehr. Dem gestern noch hofierten, innovativen Start-Up-Unternehmen, bei dem nicht klar sein kann, ob seine Geschäftsidee langfristig tragfähig ist, begegnet unsere Bank auf einmal mit höchsten Bedenken. Das traditionelle Industrieunternehmen wird mit höheren Zinsforderungen konfrontiert. Wegen des allgemein anzunehmenden höheren Risikos und der gestiegenen Refinanzierungskosten sei an die alten Konditionen nicht mehr zu denken. Der Berliner Flughafengesellschaft wird mitgeteilt, dass der Milliardenkredit für den Bau des Flughafens Schönefeldt nur noch dann zu den vor wenigen Monaten vereinbarten Konditionen fließen kann, wenn die staatlichen Eigentümer dafür selbstschuldnerisch haften. Einzig der Staat genießt noch das uneingeschränkte Vertrauen unserer Bank.

In rasantem Tempo entwickelt sich eine Kreditklemme, die im Extrem zum Zusammenbruch der Finanzmärkte und zu einer Depression wie in den 30er Jahren führen kann, wenn sie neue Ideen abwürgt und selbst grundsolide Wirtschaftstätigkeiten nicht mehr finanziert. Das ist der wirtschaftliche Notstand. Zugucken darf man dabei nicht. Wo nur noch der Staat Kredit genießt, muss der Staat handeln. Aber wie?

Was ist politisch zu tun?

Grundsätzlich gilt: Aufgabe der Politik ist es nicht, alle Finanzmarktakteure und ihre Vermögen auf Kosten der Steuerzahler „rauszuhauen“. Aufgabe der Politik ist es auch nicht, die Kreditmenge, die sich in den vergangenen Jahren innerhalb und außerhalb der Bankbilanzen gebildet hat, eins zu eins zu ersetzen. Mit anderen Worten. In der aktuellen Finanzkrise darf und muss auch Geld vernichtet werden. Staatliche Aufgabe ist es einzig und allein, einen Zusammenbruch des Kreditsystems zu verhindern und dafür zu sorgen, dass der für die reale Wirtschaft unerlässliche Kreditfluss wieder zirkuliert.

Der Weg, die faulen Forderungen unterschiedslos aufzukaufen oder zu verbürgen, ist deshalb falsch. Auch sollte man den Sirenenklängen der Banken und Fondsgesellschaften nicht folgen und die bestehende Intransparenz noch steigern, indem man die Abwertung der Kreditengagements und verbrieften Forderungen durch neue Bilanzierungsregeln aussetzt. Der Hebel für unvermeidliche staatliche Aktionen, die ohnehin auf Kosten der Bevölkerung gehen, muss aus moralischen und ökonomischen Gründen am anderen Ende ansetzen – nicht bei den faulen Forderungen, sondern beim Eigenkapital der Banken.

„Verstaatlichung“ der Banken

Wenn die Politik magische Kräfte hätte, würde sie aus dem Nichts eine staatliche Großbank herbeizaubern, die überall dort einspringt, wo solides Wirtschaften durch die Kreditverweigerung bedroht ist. Ohne magische Kräfte lässt sich aber aus dem Stand keine „Superbank“ gründen. Denn in der Realität fehlt es an allem, was dazu nötig ist: Know how, Kunden- und sonstigen Geschäftsbeziehungen, Personal, Gebäuden, Hardware und Softwaresysteme usw.usf. Das alles haben nur die bestehenden Banken auf Knopfdruck parat.

Will der Staat einen Bypass legen, der den Kredit wieder fließen lässt, bleibt nur die Möglichkeit, die bestehenden Kreditinstitute mit dieser Aufgabe zu betrauen und sie zu diesem Zweck zu übernehmen. Man muss den Banken also gegen Abgabe von Geschäftsanteilen Kapital zuführen und sie auf diese Weise zumindest teilweise und temporär verstaatlichen.

Auf diese Weise wird der Vertrauensbonus, den im Augenblick nur noch der Staat genießt, in das Bankensystem eingebracht. Im Gegenzug gewinnt der „Retter“ Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken und die geordnete Abwicklung der faulen Kreditengagements. Das ist nur legitim.

Auch dieser Weg wird der Bevölkerung Milliardenverluste eintragen. Und mit dem Finanzsystem rettet man unausweichlich auch die Spitzbuben in Nadelstreifen, die den Schaden angerichtet haben. Moralisch ist das kaum erträglich und nur dadurch zu rechtfertigen, noch größeren Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Auf dem Weg der Beteiligung am Eigenkapital der Banken wird es aber wenigstens eine Teilrefinanzierung der Verluste der Allgemeinheit geben, wenn die Banken wieder Gewinne machen – sei es über Gewinnausschüttungen oder den Verkauf der staatlichen Geschäftsanteile.

Rettungspaket ohne klare Richtung

Wenn man das Rettungspaket der Bundesregierung genauer liest, muss man leider feststellen, dass unnötige Geschenke an die Banken verteilt werden. Es handelt sich um ein finanzpolitisches Ermächtigungsgesetz, das der Bundesregierung drei Instrumente für mögliche Maßnahmen zur Verfügung stellt: Erstens Eigenkapitalzuführung, zweitens Kreditgarantien, drittens Kauf fauler Kredite und Investments

Nur bei der „Rekapitalisierung“ genannten Verstaatlichungsvariante wird von den Banken zwingend eine Gegenleistung verlangt. Eigenkapital gibt es nur gegen Übertragung von Geschäftsanteilen an den Staat. Aber weder für die Kreditgarantien oder gar den Kauf von Problemkrediten und -investments ist irgendeine Gegenleistung der Banken, ihrer Eigentümer und Manager zwingend vorgeschrieben.

Es ist in das Belieben der Bundesregierung gestellt, welche Mittel sie vorzugsweise ergreift und welche nicht. Und ob Gegenleistungen verlangt werden, ist der Regierung überlassen. So groß ist das Vertrauen von uns Grünen in eine Regierung aus CDU und SPD nicht, dass wir ihr diesen Blankoscheck ausstellen.

Ein Paket, das Bündnis 90/Die Grünen unterstützen, muss eine klare politische Richtung haben. Wir unterstützen den Weg der Teilverstaatlichung, indem Banken gegen Abgabe von Geschäftsanteilen Kapital zuzuführen. Wir lehnen es aber ab, Kredite und Investments ohne jede Gegenleistung aufzukaufen oder zu garantieren.

Die gigantische Hilfsaktion der Allgemeinheit ist nur gerechtfertigt, wenn sie zugleich eine erste Antwort auf die tiefergehende Frage enthält: In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben? In einer Gesellschaft, in der nachhaltig gewirtschaftet wird – ökologisch, sozial, finanziell und ökonomisch – oder weiter in einer Welt, die von Kurzfristdenken, besinnungslosem Profitstreben und verantwortungslosem Schuldenmachen beherrscht wird?

Jochen Esser 13.11. 2008